

Wahlvorbereitungen auf birmanische Art

Die Antwort auf die Frage, ob die vom "Rat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung" (SLORC) - wohinter sich natürlich die Militärjunta des Landes verbirgt - feierlich angekündigten Wahlen frei und gerecht sein werden, muß ganz klar "nein" lauten. Selbst ohne rückschauende Betrachtung muß es für jeden, der auch nur ein wenig politisches Interesse zeigt, von vornherein klar gewesen sein, daß der alternde Diktator Ne Win und sein ihm getreues Militär niemals auch nur erwogen haben, die Macht friedlich an das Volk zu übergeben. Dafür gibt es unzählige Beweise. Zum besseren Verständnis ist es notwendig, sich die Ereignisse von 1988 noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Im Juni 1988 schien es zunächst so, als ob Ne Win die vernichtende Kritik beherrschenden würde, die ihm angesichts der ökonomischen Krise und der blutigen Niederschlagung der Studentendemonstrationen im März und Juni durch den von ihm bereits im Jahre 1963 entlassenen und eingesperrten Brigadegeneral Aung Gyi entgegenschlug. Indem er am 23. Juli seinen Rücktritt erklärte und ein Referendum zur Errichtung einer Einpartei- oder Mehrparteiendemokratie vorschlug, tat er so, als ob er sein Fehlverhalten eingesehen hätte und bedauern würde. Gleichzeitig jedoch sprach er die Drohung aus: "Wenn die Armee zur Kontrolle von Aufruhr herangezogen werden muß, wird sie nicht in die Luft schießen, sondern mit der Absicht zu treffen" (The Working People's Daily, 23. Juli 1988). Das erinnerte an die "Politik der rauchenden Colts" eines Pinochet in Chile. Was folgte, zeigt eindeutig, wie ernst es Ne Win wirklich war: Die von ihm gegründete Birmanische Sozialistische Programmpartei (BSPP) wies seine Referendumsvorschläge zurück (während der ganzen vorangegangenen 26 Jahre seiner despotischen Herrschaft war Widerspruch im günstigsten Falle Blasphemie, ein Zurechtweisen seiner Launen führte unweigerlich zur Bestrafung).

Die BSPP wählte Sein Lwin zu seinem

Nachfolger, den wegen seiner Brutalität meistgehaßten Mann Birmas (diesem Ruf wurde er während seiner nur siebenjährigen Amtszeit als Präsident von Birma gerecht, als er seine Killersoldaten auf Demonstranten losließ, was zu Tausenden von Toten führte). Dr. Maung Maung ersetzte den "Schlächter" (wie Sein Lwin bezeichnenderweise genannt wurde).

Maung war Zivillist und sollte wohl als Marionette dienen. Er war - wahrscheinlich zur Besänftigung der mittlerweile sehr erregten Volksmassen - sofort bereit, innerhalb von 6 bis 12 Wochen - ohne das von Ne Win ursprünglich geplante Referendum - Wahlen für ein Mehrparteiensystem abzuhalten. Maung Maung konnte es sich genauso wenig wie sein Mentor Ne Win verkneifen, die wahre Natur der Militärclique zu enthüllen, wenn er sagte: "Lauft, ihr alle, die ihr zur Gewalt greift, Ihr alle, die ihr vom Teufel besessen seid - solange Euch noch Zeit bleibt".

Das war in etwa der politische Hintergrund, als am 19.9.88 Saw Maung, ein Leutnant des entmachteten Generals Sein Lwin, einen Staatsstreich vortäuschte, der wiederum Tausenden das Leben kostete. Er kündigte an, daß er das Versprechen seines Vorgängers demokratische Wahlen abzuhalten einlösen wolle, er legte sich jedoch auf keinen Zeitpunkt fest (Für die Wahlvorbereitungen brauchte er dann letztlich 19 Monate).

Die von der Junta (SLORC) auferlegten willkürlichen Restriktionen waren überwältigend. Am ersten Tag nach der Machtübernahme trat die Kriegsrechtsverordnung 2/88 in Kraft, die ein Versammlungsverbot von mehr als 5 Personen sowie eine Ausgangssperre von 22 bis 6 Uhr vorschreibt und die noch immer besteht. Am 10.10.88 folgte die Verordnung 8/88 mit drastischen Einschränkungen für Presse und öffentliche Äußerungen. Zwischen Ende 1988 und Anfang 1989 wurde eine große Anzahl von Personen, die Demonstrationen für die populäre Oppositionsführerin Frau Aung San Suu Kyi organisiert hat-



Noch lacht der Diktator... aus: FEER 24.5.90

ten, bei verschiedenen Anlässen verhaftet. Am 6.6.89 traten weitere Verfügungen zur Einschränkung der Pressefreiheit in Kraft ("Gesetze zur Registrierung von Druckereien und Verlegern"). Die Kriegsrechtsverordnung 1/89, die den Militärkommandeuren das Recht zugestand, Massenprozesse vor Militärtribunalen abzuhalten, bedeutete praktisch, daß die Machthaber sich über die Grundlegenden Verfassungsrechte des Landes hinwegsetzten (s. Burma, Prisoners of Conscience in Myanmar, November 1989, The Working People's Daily, 7.4.89/18.7.89). Eine erneute Verordnung im Rahmen des Kriegsrechts (2/89) forderte für solche Personen, die für schuldig befunden wurden, entweder die Todesstrafe, eine lebenslängliche Haftstrafe oder drei Jahre Inhaftierung bei harter Zwangsarbeit.

Im Juli wurden Frau Aung San Suu Kyi, die Generalsekretärin der "Liga für Demokratie" (NLD), und U Tin Do, der Vorsitzende der NLD, unter Hausarrest gestellt. Im Dezember 1989 wurde U Tin Do zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt; der Förderer der Liga für Demokratie und Frieden, U Nu, wurde unter Hausarrest gestellt. Im Januar 1990 wurde Frau Aung San Suu Kyi die Teilnahme an den Wahlen untersagt. Eine neue Verordnung vom 23.2.90 (3/90) setzte folgende Auflagen in Kraft: Versammlungen müssen an einem vorgeschriebenen Ort stattfinden, Umzüge und das Rufen von Parolen werden verboten, Reden werden auf drei Stunden begrenzt, müssen zwischen 6 und 18 Uhr stattfinden und sind vorher zur Begutachtung vorzulegen. Die Fernsehzeit wird auf 10, die Radiozeit auf 15 Minuten beschränkt.

Im Februar 1990 werden 25 Oppositionskandidaten verhaftet (Asia Watch, 11. März 1990). Die internationale Presse berichtete 1989 über besonders zynische Maßnahmen des Militärregimes: normale

Strafgefangene werden aus den birmanischen Gefängnissen entlassen, um Platz für erwartete politische Gefangene zu schaffen (Asia Watch), etwa 3000 Personen wurden nach Schätzungen zwischen dem 18.9.88 und Anfang Juli '89 eingesperrt. Weitere 3000 oder mehr politische Gefangene wurden seit Ende Juli verhaftet (s. Burma, Prisoners of Conscience in Myanmar, Nov. 1989)

Die Zwangswanderung von Stadtbewohnern, die von den Behörden als "Besetzer" bezeichnet werden und die in drei größeren Städten etwa 500.000 Menschen ausmachen, dienen dazu, die Anhänger der Oppositionsparteien zu vertreiben (Steve Erlanger, The New York Times, 21. März 1990, The Economist, 7. April 1990, AW, 6. April 1990).

Weiterhin stellt sich die Frage nach neutralen internationalen Beobachtern. Solche Beobachtergruppen deckten die massiven Wahlfälschungen in Panama auf und verhinderten die Betrugsversuche von Pinochetanhängern in Chile. Birma allerdings verweigert Journalisten selbst einfache Touristenvisa. Vorschläge, Beobachter aus den USA, Australien und der BRD ins Land zu schicken, wurden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes strikt abgelehnt.

Es stellen sich weitere aktuelle und

die stolze Ankündigung, daß 2233 Kandidaten aus 93 Parteien sowie 88 Unabhängige um die 486 Sitze kämpfen werden (AW 6. April 1990) kann keinen Menschen täuschen.

Nichtsdestoweniger bleibt eine Frage: was wird die herrschende Militärregierung während und nach den Wahlen tun? Es gibt verschiedene wahrscheinliche Antworten:

1. Da sich keine unabhängigen Beobachter im Land befinden und potentielle Wahlsieger sicher im Gefängnis untergebracht sind, hat die Armee besonders in den ländlichen Gebieten freie Hand, die Wahlen zu manipulieren. In diesem Fall wird die Nationale Einheitspartei (NUP), die Neugruppierung der aufgelösten BSPP, die Wahlen gewinnen, was einer Fortsetzung der gegenwärtigen Militärdiktatur bedeuten würde.

2. Die Vereinigte Nationaldemokratische Partei (UNDP) von Aung Gyi (dem ehemaligen Brigadegeneral, der Ne Win ungestraft kritisiert hatte und dem in Birma wie einem "trojanischen Pferd" mißtraut wird) kann keine Mehrheit erlangen, aber sie kann eine Koalitionsregierung mit der NUP bilden, was wohl die wahrscheinlichste Möglichkeit ist. Auch in diesem Fall wird die Macht beim Militär bleiben.

Birma passiert - das Land wird niemals mehr so sein wie früher, solange die Militärführer (Diplomaten-O-Ton: roh, ungebildet und engstirnig) an der Macht kleben. "Kurz vor der Ausgangssperre rennen kleine Kinder auf die Straße und hängen Plakate auf, die das Regime verurteilen. In den Schulen rufen die Schüler Parolen für die Demokratie, oft mit stillschweigender Duldung der Lehrer." (Susan Blaustein, The Nation, 30. April 1990)

Letztlich wird sich das, was ein Diplomat sagte, wohl als prophetisch erweisen: "Die Ablehnung unter der Bevölkerung ist sehr stark und wächst ständig. Früher habe ich noch die Möglichkeit einer evolutionären Veränderung in Birma gesehen. Jetzt bin ich jedoch der Überzeugung, daß nur Gewalt noch etwas ändern kann." (Steve Erlanger, The New York Times, 21. März 1990)

Kyau Than

Der Verfasser ist promovierter Ingenieur und lebt seit 1969 in der Bundesrepublik. Er ist Vizevorsitzender des Committee for the Restoration of Democracy in Burma (CRDB) und 2. Vorsitzender der Deutsch-Burmesischen Gesellschaft. Übersetzt a.d. Engl: Dietrich Becker.

(Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel wurde vor den Wahlen geschrieben und ging in den Satz bevor uns konkrete Wahlergebnisse aus Birma vorlagen)



Steht noch unter Hausarrest: Aung San Suu Kyi

aus: FEER 7.6.90

bedeutsame Fragen: Warum beschäftigt sich die Junta weiterhin intensiv mit Wirtschaftskooperationsplanungen im internationalen Sektor? Warum besorgt sich die Junta Waffen mit den Geldern aus dem Verkauf birmanischer Naturprodukte? Warum geht die Armee von Ne Win gnadenlos gegen ethnische Minderheiten vor? ("Auslöschen" ist das beliebte Wort dafür.)

In Anbetracht dessen, was in Birma in den letzten 19 Monaten vorgegangen ist, kann kein normal denkender Mensch Zweifel daran haben, was Ne Win und seine Gruppen wirklich vorhaben. Selbst

3. Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) mit Frau Aung San Suu Kyi als Generalsekretärin würde die Wahlen erdrtschaft gewinnen, wenn sie wirklich frei wären. Unter den gegebenen Umständen sind ihre Chancen jedoch düster. Trotzdem gibt es eine allgemeine Übereinstimmung darüber, daß Frau Aung San Suu Kyi und der NLD immer noch die Hoffnungen auf ein "Nicaragua-Syndrom" bleiben, wo die Außenseiterin Violetta Chamorro überraschend gegen den amtierenden Präsidenten Ortega die Wahlen gewann.

Unabhängig davon, was am 27. Mai in

Nationale Liga für Demokratie siegt bei Wahlen in Birma

Die oppositionelle "Nationale Liga für Demokratie" (NLD) hat die Wahlen in Birma mit einem eindeutigen Erfolg für sich entscheiden können. Dies scheint schon lange vor Bekanntgabe des endgültigen offiziellen Wahlergebnisses, das erst für Mitte Juni zu erwarten ist, festzustehen.

Die chinesische Nachrichtenagentur XINHUA zitierte bereits am 28. Mai, dem Tag nach der Wahl, einen Bericht des staatlichen birmanischen Rundfunks, wonach die NLD in allen neun Wahlbezirken der Hauptstadt Rangun sämtliche Sitze gewonnen habe. Weiter heißt es in der Meldung: "Die Kandidaten errangen in acht der neun großen Wahlbezirke einen erdrtschaftigen Sieg, indem sie 84,88 % der gültigen Stimmen für sich vereinnahmten. In dem anderen Wahlbezirk, Dagon, schlug die NLD die Nationale Einheitspartei (NUP, die ehemalige regierende Sozialistische Programm-Partei Birmas) um knappe 3,03 % der gültigen Stimmen."

Regierungschef General Saw Maung soll unterdessen erklärt haben, daß er die Macht abgeben werde, wenn eine zivile Regierung nach den Gesetzen des Landes gebildet werden könne.

vgl. MDA 29.5.90